

Niederschrift  
über die 5. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks  
im Geschäftsjahr 2019 am 28. Juni 2019 in Frankfurt am Main  
Öffentliche Hauptversammlung

---

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Anwesend

Vom Rundfunkrat:

Herr Brandes  
Herr Dulige  
Herr Dogruer  
Herr Enners  
Frau Faeser  
Frau Fasbender  
Herr Freiling  
Herr Gülegen  
Frau Isser  
Frau Dr. Jungherr  
Frau Prof. Dr. Kastell  
Frau Kennel  
Frau Klär  
Frau Krippner-Grimme  
Herr Machalett  
Herr Dr. Rolf Müller  
Herr Neumann  
Herr Rock  
Herr Rudolph  
Herr Schneider  
Frau Seewald  
Herr Prof. Dr. Valentin  
Herr Volz  
Herr Wagner  
Herr Dr. Wurzel  
Frau Zulauf

Vom Verwaltungsrat:

Herr Clauss  
Frau Alles  
Herr Siebel  
Herr Zilian

Niederschrift über die 5. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks  
am 28. Juni 2019 in Frankfurt  
Öffentliche Hauptversammlung

---

2

Vom Hessischen Rundfunk: Herr Krupp  
Herr Rheinländer  
Frau Dr. Hütt  
Herr Dr. Sommer  
Herr Tritschler  
Herr Taube  
Herr Barz  
Herr Hammerschmidt  
Frau Müller-Geskes  
Herr Dr. Janich  
Frau Henke  
Frau Brinkmann (Protokoll)  
Frau Bach

Von der hr werbung gmbh: Herr Simon

Entschuldigt: Herr Boddenberg  
Herr von Boehm-Bezing  
Herr Dr. Möhrle  
Herr Dr. Mathias Müller  
Herr Ortmann  
Frau Puttrich

Vorsitz: Herr Brandes

## Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2018
3. Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2018,  
  
Entlastung des Verwaltungsrats,  
  
Entlastung des Intendanten
4. Informationsvorlage  
08/2019 Europawahlberichterstattung
5. Verschiedenes

Zu Punkt 1. der Tagesordnung: Begrüßung und Feststellung der  
Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Änderungswünsche zur Tagesordnung der öffentlichen Hauptversammlung gibt es nicht.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung: Jahresbericht des Intendanten und  
Jahresrechnung 2018

Der Intendant stellt seinen Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018 vor. Die Rede von Herrn Krupp und die Präsentation zur Jahresrechnung sind dem Protokoll beigelegt (**Anlagen 2 und 3**).

Der Vorsitzende dankt dem Intendanten für seine Ausführungen. Es sei deutlich geworden, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch im digitalen Zeitalter ein unverzichtbarer Beitrag zukomme. Zur Beibehaltung eines guten Programms sei es dringend erforderlich, die Kostensteigerung der vergangenen Jahre auszugleichen und somit den Rundfunkbeitrag anzupassen.

Herr Prof. Dr. Valentin begrüßt die besonders ausführliche Darstellung auch der strategischen Überlegungen im Bericht des Intendanten. Als Vorsitzender des Telemedienausschusses könne er berichten, dass der hr im Kontext der Digitalisierung sowohl qualitativ als auch quantitativ sehr gut dastehe. Zugleich müssten mit Blick auf den stark zunehmenden Wettbewerb von Angeboten weitere, teils weitreichende Schritte unternommen werden. Der Übergang von den bisherigen Ausspielwegen hin zu einer crossmedialen Herangehensweise sei eine Herausforderung. Dabei sei es wichtig, stets auch die Beschäftigten mitzunehmen. Darüber hinaus müsse man sich Gedanken machen über einen Wechsel von der linearen Quotenmessung hin zu einer Reichweitenmessung für die digitalen Angebote.

Aus dem aktuellen Jahresbericht besonders positiv hervorheben wolle er das Format „Was geht Hesse?!“, das Funkkolleg zum Thema Religion sowie die Vernetzung des Senders in die Zivilgesellschaft, gerade auch in die Wissenschaft.

Herr Freiling merkt zur Risikobewertung im Jahresbericht an, an zahlreichen

Stellen habe er den Eindruck, dass die Wirtschaftsprüfer die Angaben des Intendanten in seinem Lagebericht offenbar nur übernommen hätten, ohne sie zu hinterfragen oder näher zu prüfen. Dies sei etwa der Fall bei den Angaben zu möglichen Einsparungen aufgrund des ARD-Strukturreformprozesses.

Mit Blick auf das Risiko weiterer Feststellungsklagen erfragt er, ob aufgrund der ergangenen Urteile nun die Roadmap auf Eis gelegt und stattdessen der Versuch einer generellen Einigung unternommen werden solle. Insgesamt würden aus seiner Sicht die medienpolitischen Risiken im Bericht zwar deutlich benannt. Sie sollten aber prominenter dargestellt werden.

Wenn die Frage gestellt werde, ob der hr nicht nur in seiner Entwicklung, sondern auch hinsichtlich seines Bestands gefährdet sei, dürfe sich die Antwort nicht auf einen Verweis auf die Insolvenzunfähigkeit des hr beschränken. Hier erhoffe er sich weitere Klarstellungen.

Abschließend erkundigt er sich, ob der bisherige Konsens im Kreis der ARD, keine Sparvorschläge für das Programm zu machen, weiterhin bestehe, oder ob aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen faktisch längst Kürzungen auch im Programm vorgenommen würden. Bei Änderungen im Programm müssten die Gremien über Einsparungen und strategische Überlegungen informiert werden.

Der Intendant erläutert, dass die Wirtschaftsprüfer eine Stichtagsbetrachtung vornähmen. Bestimmte Risiken würden daher noch nicht erfasst. Er könne den Eindruck von Herrn Freiling nicht bestätigen, sondern erlebe stets sehr intensive Nachfragen seitens der Wirtschaftsprüfer. Für manche Bereiche sei es aber schlicht nicht möglich, validere Daten zu liefern als das, was man gegenüber der Politik im Rahmen des ARD-Strukturprozesses zugesagt habe.

In diesem Prozess gelte auch weiterhin die Aussage, dass man keine Programmkürzungen vornehmen werde. Gleichzeitig sei zu berücksichtigen, dass man gegenüber den Ländern zugesagt habe, neue digitale Angebote aus dem Bestand zu finanzieren. Insofern gehe mit neuen digitalen Angeboten zwangsläufig auch eine Streichung bei linearen Angeboten einher.

Im Herbst werde die Mittelfristige Finanzplanung beraten. Hierfür seien zwei Vorgänge von besonderer Bedeutung. Zum einen habe man der Baden-Badener Pensionskasse liquide Mittel zur Verfügung stellen müssen, damit diese – was

dann auch erfolgt sei – einen Stresstest der BaFin besteht. Gleichzeitig gebe es durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beitragsfreiheit von Zweitwohnungen geringere Einnahmen. Wenn also die „Eiserne Reserve“ von 50 Millionen Euro gehalten werden solle, müsse man dort, wo dies überhaupt möglich sei, Anpassungen vornehmen. Es müsse etwa geprüft werden, welche Planstellen neu besetzt würden. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen müsse man gegebenenfalls Einsparungen vornehmen.

Insgesamt führe die Geschäftsleitung derzeit eine sehr umfassende Portfoliodiskussion, deren Ergebnisse noch offen seien. Es seien zahlreiche strategische Entscheidungen zu treffen, über deren Umsetzung eine Diskussion mit den Gremien stattfinden werde. Dabei berücksichtige man schon jetzt nicht nur die lineare Quote, sondern auch die Reichweite. Ein Format wie „hr2 Der Tag“ erreiche beispielsweise als Podcast deutlich mehr Nutzerinnen und Nutzer als in der linearen Verbreitung. Ein weiteres anschauliches Beispiel sei der ausgesprochen erfolgreiche YouTube-Kanal des hr-Sinfonieorchesters, mit dem man ebenfalls andere Zielgruppen erreichen könne als mit einem Konzert. Interessant in diesem Zusammenhang sei, dass auch das Label, unter dem ein Produkt angeboten werde, über dessen Erfolg entscheide. Dies habe man im hr für bestimmte Hashtags untersucht. Man müsse also darauf achten, keine Zugangshürden zu den Angeboten des hr aufzubauen.

Der hr habe derzeit über 30 Angebote im Netz, die aber mangels Zeit und Geld nicht alle gleichermaßen gepflegt würden. Dies sei für die Wahrnehmung bei der Zielgruppe fatal. Hier müsse man Veränderungen vornehmen. Dazu gehöre es auch, mehr auszuprobieren und dann gegebenenfalls wieder einzustellen – Funk sei hierfür ein gutes Beispiel. Aktuell habe man entschieden, das Format „Fußball 2000“ fortzusetzen, da es bei einer bestimmten Zielgruppe sehr erfolgreich sei, auch wenn die absoluten Abrufzahlen hinter den eigenen Plänen zurückblieben. Würden die eigenen Pläne jedoch weiter nicht erreicht, müsse man überlegen, die verwendeten Mittel anderweitig einzusetzen.

Wichtig sei, die Diskussion Schritt für Schritt zu führen. Nur so könnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgenommen werden.

Frau Faeser unterstreicht die erheblichen finanziellen Risiken, die sich durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Zweitwohnungen sowie durch die Nichtanerkennung von Pensionsrückstellungen durch die KEF ergeben hätten. Vor diesem Hintergrund müsse über eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags

diskutiert werden. Zugleich müsse man deutlicher herausstellen, weshalb der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtig sei. In Zeiten, in denen der Diskurs im Netz nicht mehr von Respekt und Verantwortung geprägt sei, gewinne gerade auch der Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an Bedeutung. Hebe man diese Rolle deutlicher hervor, könne die Akzeptanz gesteigert werden. Insgesamt müsse man proaktiv für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Beitragsfinanzierung werben und in diesem Zusammenhang den Bildungsauftrag herausstellen. Gemeinsame Projekte mit Schulen könnten in diesem Zusammenhang sinnvoll sein.

Frau Klär berichtet von einem Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten, die die Tätigkeiten des hr im Bereich der Gleichstellung durchaus positiv bewerte. Allerdings seien nach wie vor nur 25 % der Führungspositionen im hr mit Frauen besetzt. Um hier Veränderungen zu erreichen, sei das Mentorinnen-Programm zwar ein guter Ansatz. Da eine Teilnahme jedoch freiwillig sei, seien aus ihrer Sicht weitere Maßnahmen wünschenswert.

Der Intendant gibt zu bedenken, dass er sich derzeit in der schwierigen Position befinde, dass bei einer Darstellung der Risiken als existenzgefährdend der Eindruck entstehe, dass die Probleme nicht lösbar seien. Es gebe immer wieder Handlungsmöglichkeiten. Wichtig sei, dass man nicht ausschließlich auf äußere Geschehnisse reagiere, sondern auch gestaltend tätig werde.

Zum Thema Bildung weist er darauf hin, dass die diesjährige Themenwoche der ARD sich mit diesem Thema befassen werde. Allerdings sei der Begriff durchaus kontrovers besetzt. Inhalte mit dem Thema Bildung dürften nicht als Belehrung wahrgenommen werden. Hier könne man Ansätze des konstruktiven Journalismus nutzen.

Unterstreichen wolle er, dass er weiterhin Vertrauen habe in die Politik, dass diese sich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben bewegen werde. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe eine Bestands- und Entwicklungsgarantie und es gelte der Grundsatz, dass die Finanzierung dem Auftrag folgen müsse und nicht umgekehrt. Wie man sich verhalte, wenn sich die Politik nicht an diese Vorgaben halte, sei erst in einem zweiten Schritt zu bedenken.

Was das Thema Frauenförderung angehe, verweist der Intendant darauf, dass er mit der paritätischen Besetzung auf Ebene der Geschäftsleitung bereits ein Signal gesetzt habe. Dennoch gebe es im hr weiterhin zu wenige Frauen in

Führungspositionen und auch dem Thema Diversität müsse ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Hierzu sei eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten eingerichtet worden. Er sei insgesamt der Meinung, dass eine Flexibilisierung der Arbeitswelt, eine Ermöglichung des mobilen Arbeitens und eine Verbesserung der work-life-Balance mehr zur Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen könnten als feste Zielvorgaben. Es gebe bereits entsprechende Gespräche mit der Personalabteilung.

Herr Dr. Rolf Müller kommt auf das Thema Sportrechte zu sprechen und erfragt, ob die Ausgaben für den Erwerb der Übertragungsrechte für den DFB-Pokal beziffert werden könne. Er begrüße, dass nicht nur die Rechte für den DFB-Pokal der Männer, sondern auch für die Pokalspiele der Frauen erworben worden seien.

Der Intendant entgegnet, mit Blick auf die im Vertrag enthaltene Verschwiegenheitsklausel sei es nicht möglich, im Rahmen der öffentlichen Hauptversammlung auf die vereinbarten Entgelte einzugehen. Zudem würde eine öffentliche Nennung der Entgelte nur zu einem weiteren Ansteigen der Preisspirale führen. Der Verwaltungsrat, der nach hr-internen Regelungen ab einem gewissen Betrag dem Rechteerwerb zustimmen müsse, sei in diesem Fall einbezogen worden. Über den Vorgang sei im Verwaltungsrat intensiv diskutiert worden. Vorgabe des Verwaltungsrats sei es gewesen, dass der Sportrechteetat nicht ausgeweitet werde. Insofern müsse man künftig an anderer Stelle sparen. Dies solle jedoch nicht den Breitensport treffen, sondern in erster Linie den Spitzensport und insbesondere den Fußball. Insofern könne künftig auch der Fall eintreten, dass die geforderten Entgelte zu teuer werden und man den Erwerb daher ablehne. Dies sei bei den Rechten für Olympia zunächst der Fall gewesen. Nur deshalb habe man später die Rechte zu einem vertretbaren Preis erwerben können. Auch künftig gelte daher, den für Sportrechte vorgesehenen Rahmen nicht auszufüllen, um auch für die kommende Beitragsperiode noch Reserven zu haben. Zudem achte man darauf, bei der Sportberichterstattung nicht ausschließlich Fußball abzubilden.

Herr Dr. Wurzel gibt zu bedenken, dass die Diskussion zeige, dass man sich mit den großen Kostenblöcken im Rahmen des Jahresberichts, namentlich Pensionsrückstellungen und Sportrechte, künftig eingehender beschäftigen müsse. Insofern stelle sich die Frage, ob sich der hr bei seinen Planungen nach den Rahmenbedingungen oder nach den Inhalten richte. Zum Thema Kultur



wirft er die Frage auf, ob, wenn die Kulturberichterstattung vermehrt im nicht-linearen Bereich stattfindet, dies zugleich bedeute, dass man sich mehr auf einzelne Produktionen konzentriere und es keine aktuelle Kulturberichterstattung – beispielsweise anlässlich des nationalen Museumstags – mehr geben werde. Darüber hinaus erkundigt er sich, wie bei der Programmplanung eine Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer umgesetzt werde. Schließlich wirft er die Frage auf, inwiefern sich die in Hessen veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft auch in der Personalplanung des hr widerspiegele.

Herr Machalett hebt hervor, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei jungen Menschen eine hohe Glaubwürdigkeit genieße. Gerade auch bei Funk gebe es hervorragende Formate, die sich mit dem Thema Politik beschäftigten. Er werbe dafür, auch in den Formaten des hr die junge Zielgruppe stärker in den Fokus zu nehmen. Mit Blick auf die Jahresrechnung merkt er an, dass er die Unterlagen allesamt für nachvollziehbar halte und der erteilte Prüfvermerk positiv zu bewerten sei. Gleichzeitig stelle sich die Frage, ob ein ausgeglichener Haushalt in den kommenden Jahren absehbar sei.

Der Intendant verweist hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation des hr darauf, dass der hr inzwischen mehr Versorgungsempfänger als Festangestellte habe. Diese hätten jedoch in der Vergangenheit Wertvolles für den hr geleistet und dürften daher nicht nur als Last begriffen werden.

Zu bedenken sei auch, dass Anfang der 90er Jahre, als sich der hr ebenfalls in einer schwierigen Lage befunden habe, die Sanierung zwar gelungen sei, sich jedoch heute nachteilig auswirke. Insofern müsse auch bei den aktuellen Überlegungen immer die künftige Situation des hr mitberücksichtigt werden und echte Lösungen gefunden werden, ohne nur das Problem zu verschieben. Vermeintlich einfache Lösungen, wie etwa eine Veränderung bei dem Bewertungszeitraum für Abzinsungen durch den Gesetzgeber, verbessere die Lage nur optisch, verändere die Situation tatsächlich aber nicht. Die Schmerzgrenze sei dann erreicht, wenn das negative Eigenkapital größer sei als die Rückstellungen für die Altersversorgungen, da diese beiden Positionen nicht miteinander verrechnet werden dürfen.

Derzeit müsse man davon ausgehen, dass die positiven Effekte des BilMog, mit denen man ursprünglich ab 2025 gerechnet habe, aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase in weite Ferne rückten. Es sei daher nicht absehbar, wann der

hr einen ausgeglichenen Haushalt haben werde.

Auf die Fragen von Herrn Dr. Wurzel entgegnet der Intendant, Inhalt und Rahmenbedingungen ließen sich nicht voneinander trennen, da der Inhalt immer auch von den Rahmenbedingungen abhängt. Allerdings gelte bislang der Grundsatz, dass sich die Finanzierung nach dem Auftrag richte. Kehre man dies um, werde man bestimmte inhaltliche Dimensionen nicht mehr leisten können. Im Bereich der Kultur wolle der hr weiterhin sowohl Kulturberichterstatte als auch Kulturproduzent sein. Er wolle die Klangkörper beibehalten. Jedoch würde die Anzahl der Klangkörper beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk durchaus auch kritisch gesehen, etwa vom Bayerischen Rechnungshof. Damit müsse man sich auseinandersetzen. Was die von Herrn Dr. Wurzel angesprochenen Thementage angehe, könne man zwar an solchen Tagen Schwerpunkte auf bestimmte Themen setzen. Zu bedenken sei aber auch, dass sich die Lebenswirklichkeit der Menschen nicht nach diesen Tagen richte. Die Angebote des hr müssten aber für den Alltag der Menschen von Relevanz sein.

Schließlich bemühe sich der hr, die Vielfalt der Menschen in Hessen sowohl bei den Beschäftigten, als auch bei den Inhalten abzubilden. So zeige etwa eine Reihe über die am Flughafen Frankfurt beschäftigten Menschen auch die Internationalität Hessens. Zugleich dürfe dabei der ländliche Raum nicht aus dem Blick verloren werden.

Der Vorsitzende dankt dem Intendanten für den ausführlichen Bericht.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung: Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2018, Entlastung des Verwaltungsrats, Entlastung des Intendanten

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage 16 d) „Bericht und Beschlussvorschlag zur Jahresrechnung 2018“ und bittet den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Clauss, um seine Ausführungen dazu.

Herr Clauss teilt mit, er und Herr Zilian seien als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats für weitere zwei Jahre einstimmig wiedergewählt worden. Er hoffe auf eine weiterhin konstruktive

Zusammenarbeit mit dem Rundfunkrat, dem Intendanten und der Geschäftsleitung.

Die Aufgabe des Verwaltungsrats, die Wirtschaftsführung des hr sowie die der beim hr angesiedelten Gemeinschaftseinrichtungen – insbesondere Degeto, Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) und Sternpunkt – zu überwachen, habe der Verwaltungsrat im Jahr 2018 in zehn Sitzungen wahrgenommen. Man habe die eingebrachten Vorlagen ausführlich und auch kontrovers beraten und jeweils einen Konsens erzielt.

Darüber hinaus seien gemeinsam mit dem Rundfunkrat zwei Workshops durchgeführt worden. Auch mit der Ausbildung im hr, der Frauenförderung und der Beschäftigung von Schwerbehinderten habe sich der Verwaltungsrat befasst. Hier sei der hr ein vorbildlicher Betrieb, biete zahlreichen jungen Menschen berufliche Perspektiven und beschäftige schwerbehinderte Menschen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Positiv hervorzuheben sei, dass inzwischen zwei Frauen der Geschäftsleitung angehörten und diese somit paritätisch besetzt sei. Allerdings müsse der hr mit Blick auf die Frauenförderung noch mehr leisten. Letztlich sei dies aber auch ein gesamtgesellschaftliches Thema.

Von den im vergangenen Jahr beschlossenen Investitionsvorlagen sei die Schaffung des Programmbereichs Hesseninformation aufgrund ihrer Bedeutung für das Programm und die Strukturen im hr besonders hervorzuheben.

Herr Clauss dankt zudem allen am Abschluss des Tarifvertrags zur Neuordnung der Altersversorgung Beteiligten. Es sei gelungen, eine Lösung zu finden für die besondere Situation des hr, bei dem die Frage der Altersversorgung anders als bei anderen Anstalten einzelvertraglich vereinbart gewesen sei, was eine kollektivrechtliche Lösung ausgeschlossen habe. Dass sich 25 Prozent der Berechtigten den neuen Regelungen freiwillig unterworfen hätten, sei eine besondere Leistung.

Auch am Strukturprozess der ARD habe sich der Hessische Rundfunk aktiv beteiligt. Er gibt zu bedenken, dass zahlreiche Projekte zunächst Investitionen verlangten und sich Einsparungseffekte erst zu einem späteren Zeitpunkt einstellten. Die ARD erbringe hier eine enorme Kraftanstrengung. Dass

kartellrechtliche Regelungen den Kooperationen Grenzen setzen, stehe im deutlichen Widerspruch zu den Einsparforderungen der Politik.

Es gebe erhebliche medienpolitische Herausforderungen. Dies zeigten etwa die Anmeldungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio für die kommende Beitragsperiode. Wenn der hr die Leistungen, die er bislang erbringe, in allen Bereichen aufrecht erhalten wolle, komme man an einer Erhöhung des Beitrags nicht vorbei. Einerseits gebe es die verfassungsrechtliche Bestands- und Entwicklungsgarantie, andererseits sei auch das Verfahren der Beitragsermittlung durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Nachdem die Rundfunkanstalten ihren Bedarf bei der KEF anmeldeten, prüfe diese und lege sodann ihren Bericht vor. Dann sei es an den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, einen entsprechenden Staatsvertrag zu unterzeichnen, der dann von den Länderparlamenten ratifiziert werden müsse. Man müsse allerdings auch darüber nachdenken, was passiere, wenn es nicht mehr gelinge, einen einheitlichen Staatsvertrag zu verabschieden.

Bezogen auf die Einsparforderungen der Politik gibt er zu bedenken, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einen gesetzlichen Auftrag hätten. An diesem Auftrag müssten sich die zur Verfügung gestellten Mittel orientieren und nicht umgekehrt. Es sei nicht die Aufgabe der Rundfunkanstalten, ihren Auftrag zu definieren.

In den letzten zehn Jahren habe es keine Beitragserhöhung gegeben, sondern es habe sogar eine Absenkung auf 17,50 € stattgefunden. Schon mit Blick auf die allgemeine Preissteigerung müsse es bereits jetzt einen höheren Beitrag geben. Der Verwaltungsrat sei der Auffassung, dass Indexierung und Budgetierung eine Lösung seien könnten, allerdings komme es entscheidend auf die Ausgangsbasis an. Insofern verfolge man die Diskussion mit großem Interesse.

Herr Clauss dankt dem Intendanten, der Geschäftsleitung und allen Beschäftigten des hr und ebenso den Mitgliedern des Rundfunk- und des Verwaltungsrats für die konstruktive Zusammenarbeit. Auch der hessischen Landesregierung spricht er seinen Dank aus für das klare Bekenntnis zum Hessischen Rundfunk und seiner Bestands- und Entwicklungsgarantie im neuen Koalitionsvertrag.

Sodann erstattet Herr Fasbender als Vorsitzender des Finanzausschusses seinen Bericht. Der Finanzausschuss des Rundfunkrats habe am 07.06. gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss des Verwaltungsrats getagt. Gegenstand der Beratungen seien gewesen der Prüfbericht der BDO zur Jahresrechnung, der Geschäftsbericht mit Lagebericht und Jahresrechnung 2018, die Kostenträgerrechnung und die Haushaltsabrechnung nach Direktionen. Die Wirtschaftsprüfer der BDO hätten ihren Prüfbericht vorgestellt und im Anschluss habe es eine ausführliche Diskussion über die Unterlagen gegeben. Schwerpunkte der Diskussion seien unter anderem die Problematik im Zusammenhang mit der Altersversorgung gewesen. Hier führten sowohl die Niedrigzinsphase als auch die erfreulicherweise gestiegene Lebenserwartung der Beschäftigten zu höheren Rückstellungsbedarfen. Positiv aufgenommen habe man, dass die Vorgabe der Gremien, eine Liquidität von 50 Millionen Euro zu erhalten, im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 eisern verteidigt werde. Dies bedeute aber auch, dass, wenn sich weitere Risiken realisierten, neue Maßnahmen getroffen werden müssten, um diese Liquidität zu erhalten.

Hervorheben wolle er die große Kompetenz der Wirtschaftsprüfer von der BDO, die die Unterlagen einer sehr kritischen Prüfung unterzogen hätten. Sie seien aber, wie schon angesprochen worden sei, auf eine Stichtagsbetrachtung zum Jahresende 2018 beschränkt. Bemerkenswert sei darüber hinaus, dass der Intendant und Herr Tritschler auf jede einzelne Rückfrage zu dem komplexen Zahlenwerk direkt und umfassend hätten Auskunft geben können.

Nach intensiver Prüfung habe man, getrennt nach den beiden Ausschüssen, entsprechende Beschlüsse gefasst, um dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat eine Beschlussempfehlung geben zu können. Für den Rundfunkrat habe der Finanzausschuss den aus der Tischvorlage ersichtlichen Beschlussvorschlag verabschiedet.

Der Vorsitzende dankt dem Intendanten, der Geschäftsleitung sowie allen Beschäftigten des hr für ihre geleistete Arbeit. Er wolle unterstreichen, dass im Jahr 2018 operativ ein positives Ergebnis erwirtschaftet worden sei. Dass sich dennoch ein negatives Gesamtergebnis ergeben habe, sei auf Faktoren wie die Zinsentwicklung zurückzuführen, auf die der Intendant keinen Einfluss habe.

Sodann fasst der Rundfunkrat einstimmig in offener Abstimmung die folgenden Beschlüsse:

1. Der Rundfunkrat bestätigt die Abrechnung des Etats für die Geschäftsstelle des Rundfunk- und Verwaltungsrats und erteilt dem Vorsitzenden des Rundfunkrats gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rundfunkrats (Stand 31.12.2018) für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung.
2. Der Rundfunkrat genehmigt die Jahresrechnung 2018.
3. Der Rundfunkrat genehmigt den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks in der vorgelegten Form.
4. Der Rundfunkrat erteilt dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung.

Der folgende Beschluss wird bei zwei Gegenstimmen gefasst.

5. Der Rundfunkrat erteilt dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung: Informationsvorlage  
08/2019 Europawahlberichterstattung

Der Vorsitzende weist auf die entsprechende Informationsvorlage hin. Der Intendant hebt hervor, dass über eine Europawahl noch nie so umfassend berichtet worden sei, bis hin zu den regionalen Formaten. Dies sei auch ein klares Bekenntnis zu Europa.

Herr Dr. Rolf Müller dankt für das sehr umfangreiche Informationsangebot im Vorfeld der Wahl. Dies sei auch ein Grund, weshalb das Interesse der Bevölkerung an der Wahl groß gewesen sei und habe sich möglicherweise auch positiv auf die Wahlbeteiligung ausgewirkt. Kritisch sehe er in manchen Fällen die Gestaltung der Überschriften, etwa wenn von „Zombies im Europatunnel – Großbritannien und die Europawahl“ oder „Gekaufte Argarpolitik?“ die Rede sei. Hier stelle sich die Frage, ob Überschriften in erster Linie mit Blick auf die Reichweite verfasst würden oder ob auch deren mögliche Wirkung

berücksichtigt werde. Auch könne er nicht nachvollziehen, weshalb man ein Interview mit Martin Sonneborn veranstaltet habe.

Herr Freiling schließt sich dem Lob an. Auch der ARD-Programmbeirat habe die Berichterstattung im Ersten sehr positiv bewertet. Einige der dort hervorgehobenen Sendungen seien vom hr für das Erste produziert worden. Im Vorfeld sei intensiv über die Sendezeit bestimmter Formate diskutiert worden. Das Risiko, auch Sendungen über die Europawahl um 20:15 Uhr zu platzieren, habe sich gelohnt. Eine Sendung wie „Kassensturz Europa“ von hr und MDR, die letztlich um 20:15 Uhr ausgestrahlt worden sei, habe zwar für diese Tageszeit keine optimale Quote, dennoch sei die Reichweite mit Blick auf das konkrete Thema sehr beachtlich. Auch über die Gestaltung der Titel habe man im Vorfeld mit den Programmverantwortlichen diskutiert und es habe hier durchaus Anpassungen gegeben.

Kritisch sehe er die Gestaltung von Umfragen, die vom hr für die Sendung „Story im Ersten“ in Auftrag gegeben worden seien. Man müsse sich vor Augen halten, dass bereits die Formulierung der Fragestellung für das Ergebnis von erheblicher Bedeutung sei. Für die Zukunft sei eine genauere Betrachtung der Fragestellungen daher wünschenswert.

Frau Klär merkt an, dass sich der Sendeplatz um 20:15 Uhr für das TV-Duell bzw. die Wahlarena bewährt habe. Da die Sendung zu einem sehr frühen Zeitpunkt vor der Wahl stattgefunden habe, sei eine bessere Reichweite nicht zu erwarten gewesen. Insofern könne man die Sendung nicht mit Formaten vergleichen, die sehr kurz vor der Wahl stattgefunden hätten.

Auch Herr Prof. Dr. Valentin schließt sich dem Lob seiner Vorredner an. Er wirft die Frage auf, wie der Intendant die Quoten der Sendungen im hr-fernsehen einschätze. Zudem begrüßt er die Grundtendenz eines konstruktiven Journalismus in der Vorwahlberichterstattung. Dieser Ansatz solle auch bei anderen Themen weiter verfolgt werden. Wunderbar habe auch die Kooperation mit anderen Institutionen wie der University of Applied Sciences funktioniert. Zur Gestaltung der Titel gibt er zu bedenken, dass es durchaus eine gute Strategie sein könne, kritische Menschen durch einen kritischen Titel zum Zuschauen zu bewegen und die Themen dann im jeweiligen Beitrag differenzierter darzustellen.

Der Intendant erläutert, dass sich die Intendantinnen und Intendanten vorab die Titel aller ARD-Sendungen angeschaut hätten und in zahlreichen Fällen Änderungen vorgenommen hätten. Auch wenn dies eigentlich nicht Aufgabe der Intendantinnen und Intendanten sei, habe sich die Diskussion sehr gelohnt.

Ebenso gelohnt habe sich die Diskussion um die Sendeplätze. Die Platzierung um 20:15 Uhr habe hier auch eine erhebliche Symbolkraft und unterstreiche die Wichtigkeit des Themas.

Die Formate im hr-fernsehen seien sehr unterschiedlich gewesen. So habe man etwa eine Diskussion mit den Parteien gehabt, die von der Reichweite mit entsprechenden Sendungen zur Landtagswahl vergleichbar gewesen sei. Mit einer Reihe der hessenschau, die junge Menschen in ganz Europa besucht habe, habe man vor allem über Facebook und Instagram sehr große Reichweiten erzielen können.

Zum Interview von Herrn Sonneborn sei zu sagen, dass in der Berichterstattung die Bandbreite der Parteien dargestellt werden müsse und somit auch kleinere Parteien zu berücksichtigen waren. Dies gelte auch für die Partei „Die Partei“, die ein Ventil für bestimmte Wähler darstelle. Gegebenenfalls müsse man sich im Einzelfall die konkrete Tonalität eines Beitrags genauer anschauen. Insbesondere müsse darauf geachtet werden, Beiträge nicht werblich zu gestalten. Dabei müsse insbesondere auch die Verknüpfung der Partei zur Comedy-Szene beachtet werden.

Der Vorsitzende dankt für die umfangreiche Vorlage und die konstruktive Diskussion.

Zu Punkt 5. der Tagesordnung: Verschiedenes

Hierzu liegt nichts vor.

Schluss der Sitzung: 17:30 Uhr



**Sitzungstermine 2019  
des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks  
und seiner Ausschüsse**

---

<b>Rundfunkrat:</b>	23. August 2019	14.00 Uhr
	27. September 2019	14.00 Uhr
	01. November 2019	14.00 Uhr
	13. Dezember 2019	<b>15.00 Uhr</b> (anschl. Weihnachtsessen)
<b>Programmausschuss</b>	02. September 2019	14.30 Uhr
<b>Fernsehen</b>	28. Oktober 2019	14.30 Uhr
	02. Dezember 2019	14.30 Uhr
<b>Finanzausschuss</b>	16. August 2019	10.00 Uhr
	15. November 2019	10.00 Uhr
	06. Dezember 2019	10.00 Uhr
<b>Programmausschuss</b>	29. August 2019	14.30 Uhr
<b>Hörfunk</b>	24. Oktober 2019	14.30 Uhr
	21. November 2019	14.30 Uhr
<b>Telemedienausschuss</b>	27. August 2019	14.30 Uhr
	12. November 2019	14.30 Uhr
<b>Workshops (bei Bedarf)</b>	25. Oktober 2019	10.00 Uhr

**Jahresbericht 2018**  
**Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrats am 28.06.2019**

Lieber Herr Brandes, lieber Herr Clauss,  
liebe Mitglieder der Gremien,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Gäste,

wir alle sind in den letzten Wochen und Monaten mit einem elementaren Grundsatzthema handfest konfrontiert worden, der Ethik der Digitalisierung. Ich bin immer noch fassungslos über die Hasskommentare und die Häme beim Tod des Kassler Regierungspräsidenten Lübcke. Ich habe ihn kennengelernt als einen Menschen, der mit beiden Beinen auf dem Boden stand, der humorvoll und eigenwillig war, den vor allem eins geprägt hat, dass er die Menschen und das Leben liebte. Umso erschütternder, was sich in Teilen des Netzes abgespielt hat. Aber vergessen wir nicht: das ist nicht DAS Netz, sondern es sind einzelne Äußerungen, bei denen bestimmte Mechanismen im Netz zu einem unglaublichen Verstärkereffekt führen. Wie kann man in der scheinbar anonymen Welt des Netzes Kategorien wie Verantwortung und Respekt nicht nur einfordern, sondern auch leben?

Genau das ist eine Aufgabe, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Beitragsfinanzierung den öffentlich-rechtlichen Sendern aufgetragen hat. Wir müssen Vielfalt sichern und Orientierungshilfe geben!

Nicht umsonst haben wir vor zwei Jahren als ARD unser Reformpapier überschrieben mit: „Die Chancen der Digitalisierung nutzen“ und im Hessischen Rundfunk haben wir unsere Mission (F 1) in dem Satz zusammengefasst „Wir verbinden Hessen in seiner Vielfalt“. Darin steckt die Botschaft, dass wir nicht mehr nur senden, sondern Plattform für Kommunikation und Austausch sind. Und wir müssen mehr leisten, als nur Vielfalt abzubilden. Wir haben einen Integrationsauftrag, in dem wir diese Vielfalt verbinden.

Das wird das Leitthema der kommenden Jahre sein und es war unser Auftrag auch im abgeschlossenen Haushaltsjahr. Wie man diese Herausforderung bewältigen kann, haben wir beispielsweise in der medienübergreifenden Wahrnehmung (F 2) der Landtagswahl 2018 belegt.

Wir haben im Hörfunk, im Fernsehen, in unseren Online Angeboten und in den sozialen Netzwerken die relevanten Themen aufgegriffen, Debatten gespiegelt und Hintergründe geliefert.

Ganz nach der Forderung der Verfassungsrichter: authentische, sorgfältig recherchierte Informationen zu bieten, Fakten und Meinungen auseinanderzuhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu rücken. Gleichzeitig haben wir bei hessenschau.de eine Plattform geboten, auf der sich die Nutzerinnen und Nutzer ein Bild über alle Kandidatinnen und Kandidaten in Hessen machen konnten. Dass Menschen bereit sind, sich für Politik und für ein politisches Mandat bei einer Wahl zu engagieren, verdient erst einmal Respekt und deshalb haben wir die ganze Vielfalt und Bandbreite abgebildet.

Jenseits solcher Großereignisse (F 3) haben wir alle aktuellen Informationsangebote aus und über Hessen im neuen medienübergreifenden Programmbereich Hesseninformation gebündelt. Im neuen Newsroom werden die Angebote für die linearen Fernsehsendungen hessenschau und Maintower, aber auch die Hessenthemen für den Hörfunk und hessenschau.de produziert. Wir haben neue Team- und Führungsstrukturen geschaffen und eine andere Kultur der Zusammenarbeit, die sich nicht mehr am Ausspielweg orientiert, sondern konsequenter als je zuvor an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.

Die Voraussetzungen dafür wurden mit dem Haushalt 2018 geschaffen und spiegeln sich auch im Jahresabschluss (F 4). Wir haben weniger ausgegeben als geplant und höhere Erträge erwirtschaftet. Das ist eine enorme Verbesserung um 16,2 Mio. €.

Aber am Ende steht ein negatives Ergebnis von 76,5 Mio. €.

Aufwendungen in Höhe von 588,1 Mio. € stehen Erträgen in Höhe von 511,6 Mio. entgegen. Dieses Minus ist alleine auf einen Effekt zurückzuführen, nämlich die Rückstellungen für die Altersversorgung. Sie beliefen sich vor allem durch das Bilanz-rechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) auf 82,2 Mio. €.

Um es klar zu stellen: Die KEF hat diesen zusätzlichen Finanzbedarf bislang nicht anerkannt und nicht berücksichtigt.

Unsere Wirtschaftsprüfer haben ausgerechnet, dass sich die Mehraufwendungen durch die geänderten Bewertungsregelungen bei der Altersversorgung inzwischen auf 372 Mio. € addieren.

Ohne diesen Effekt wären wir heute bei einem positiven Eigenkapital von fast 200 Mio. €, stattdessen müssen wir ein negatives Eigenkapital von 173 Mio. € ausweisen.

Manche werden sich fragen, wo denn der positive Effekt eines mühsam verhandelten Tarifvertrags zur Altersversorgung bleibt. Wir haben vereinbart, dass künftig die Renten um einen Prozentpunkt weniger steigen als die Gehälter. Bei den sogenannten Altversorgten bedurfte es einer individuellen Zustimmung eines jeden einzelnen. 25% der Betroffenen haben sich mit dem hr und seiner Zukunft solidarisch gezeigt

und unterschrieben, obwohl sie persönlich keinen Vorteil davon haben. Bilanzuell führte das im Jahr 2018 zu einer Entlastung von 16,5 Mio. €. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar. Doch dieser Betrag wurde weitestgehend durch eine Änderung der Heubeck'schen Richttafeln aufgeessen. Sie beinhalten die positive Nachricht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine höhere Lebenserwartung haben, was für den hr aber eine zusätzliche finanzielle Belastung bedeutet.

Da wir all diese Entwicklungen nur sehr begrenzt beeinflussen können (F 5), haben wir die Liquidität zum entscheidenden Kriterium für die finanzielle Situation des hr gemacht. Hier ist ein Rückgang um rund 25 Mio. zu verzeichnen. Die Hälfte davon ist auf den Ausgang der Verfahren mit den Kabelnetzbetreibern zurückzuführen. Diese Mittel hatten wir bei der KEF Anmeldung gar nicht erst beantragt und deshalb in der Finanzplanung nicht vorgesehen.

Wir haben uns verständigt, dass wir in jedem Fall bis zur Mitte der nächsten Beitragsperiode - also bis zum Jahr 2022 - eine Mindestliquidität, also eine eiserne Reserve von 50 Mio. € halten müssen. Wir werden also unsere Sparanstrengungen noch einmal verstärken müssen.

Wir stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen (F 6). Die erste liegt in der Unsicherheit über eine angemessene Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Flexibilisierung, Budgetierung und Indexierung sind die zentralen Stichworte, die mit einer Reform der Beitragsfinanzierung angestrebt werden sollen. Ich habe Sie kontinuierlich über den politischen Prozess informiert. Das Ergebnis ist weiterhin völlig offen.

Aber lassen Sie es mich deutlich formulieren: ohne eine bedarfsgerechte Beitragsanpassung werden wir unseren Auftrag in der Zukunft nicht mehr angemessen erfüllen können. Ich bin dem Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Wintermeyer dankbar, dass er in einem Interview deutlich gemacht hat, wie die Ausgangslage ist. Auch wenn die Beitragszahler derzeit monatlich 17,50 € zahlen, liegt der reale Rundfunkbeitrag bereits bei 18,35 €, weil wir in der laufenden Periode auf Beitragsrücklagen zurückgreifen konnten und sollten. Alles unter 18,35 € würde eine Reduzierung bedeuten, wobei Effekte wie Gehaltssteigerungen und Inflation noch gar nicht mitgerechnet sind.

Die zweite große Herausforderung für den Hessischen Rundfunk in den nächsten Wochen und Monaten liegt bei einer Verständigung über die Absicherung von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir haben erstmals zwei Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht verloren, nachdem uns vier unterschiedliche Gerichte in 1. Instanz noch recht gegeben hatten. Nach den neuen Urteilen sind die beiden Kläger als Festangestellte zu behandeln.

Wir haben Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt, aber wir müssen alles daran setzen, eine Klagewelle freier Kolleginnen und Kollegen zu verhindern. Dies wird nur

gehen, indem wir in einzelnen Fällen Honorarmittel in Planstellen umwandeln und insgesamt eine höhere soziale Absicherung der Freien vereinbaren. Wir sind in intensiven Gesprächen mit der Personalvertretung und der Tarifgemeinschaft zu einem Lösungspaket. Das finanzielle Risiko ist derzeit noch nicht kalkulierbar aber sicher erheblich.

Die allergrößte Herausforderung für den hr als DAS Medium für die Hessinnen und Hessen liegt allerdings in der veränderten Mediennutzung, ermöglicht durch die Digitalisierung. Die Menschen wollen immer stärker alle Angebote zeitunabhängig und zunehmend mobil nutzen. Sie erwarten immer mehr, mit uns in den Dialog treten zu können und kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Produkte und Angebote. Gleichzeitig wird die Gesellschaft immer diverser: Die Lebensentwürfe sind vielfältiger geworden und gehen immer stärker auseinander. Die Kluft zwischen alt und jung, zwischen Stadt und Land scheint sich weiter zu vergrößern. Schon heute hat jeder dritte Hesse einen Migrationshintergrund und die Zahl wächst stetig.

Darin liegt auch eine Zukunftschance und eine große Bereicherung. Aber auch hier gibt es gravierende kulturelle Unterschiede. Wenn wir den Anspruch haben, Hessen in seiner Vielfalt zu verbinden, gehören alle Menschen dazu, selbst wenn wir dieses Ziel möglicherweise niemals ganz erreichen.

Das spiegelt sich schon heute in einer großen Bandbreite **(F 7)** unseres Angebots wieder, sowohl in bewährten wie auch immer wieder neuen Formaten. Der hr4 Chorwettbewerb oder das Dolle Dorf zeigen auf beeindruckende Weise den Einsatz der Menschen für ihre Heimat und ihr Gemeinschaftsgefühl. Die Aufmerksamkeit der jüngeren Zielgruppen richtet sich dagegen etwa auf die Instagram Accounts der jungen Wellen oder das digitale Angebot von funk. Neue Formate im hr-fernsehen wie „Puls 180“ oder „Was geht Hesse“ machen den Versuch, ganz unterschiedliche Milieus zusammenzubringen. Übrigens: das gelingt auf ganz hervorragende Art und Weise auch dem Sinfonieorchester und der Bigband mit neuen Formaten wie Spotlight oder den Schultouren.

Wir haben eine neue Gemeinschaftsredaktion aus Fernsehen und Multimedia jenseits der Direktionsgrenzen gebildet, die unsere Mediathek voranbringen und in die ARD Mediathek noch stärker integrieren soll. Wir werden hier auch eigene Formate für Menschen entwickeln, die Angebote zeitunabhängig nutzen wollen und andere Seherfahrungen suchen. Im Hörfunk sammeln wir Erfahrungen mit Podcasts, stellvertretend nenne ich das Grimm Projekt und derzeit aktuell „verurteilt“.

Ein medienübergreifendes Projekt zum Thema Kindesmissbrauch zeigt, wie wir bundesweit ein Thema setzen und Debatten auslösen konnten. Initiiert ursprünglich von hrINFO wurde es im Hörfunk, im Ersten Deutschen Fernsehen und multimedial differenziert aufbereitet.

„Wir verbinden Hessen in seiner Vielfalt“ beinhaltet den Anspruch, auch Plattform zu sein. Wir müssen nicht alle Angebote im hr selber produzieren. Wir können bei vielen Themen, die über Hessen hinaus gehen, auch auf Angebote aus dem ARD Verbund zurückgreifen und wir können und müssen uns noch stärker mit der Zivilgesellschaft vernetzen, etwa mit kulturellen und gemeinwohl orientierten Initiativen und Institutionen. Dieser Anspruch fordert auch, Prioritäten zu setzen.

Wir führen gerade in der erweiterten Geschäftsleitung eine intensive Portfolio Diskussion, mit welchen Angeboten wir künftig welche Zielgruppen auf welchen Verbreitungswegen erreichen können und wollen. Dabei spielen quantitative Daten, wie Reichweite und Kosten pro Nutzer\*in ebenso eine Rolle wie qualitative Kriterien. Deutlich wird jetzt schon, dass wir umsteuern müssen, um insbesondere jüngere Zielgruppen und alle Nutzerinnen und Nutzer digitaler Angebote erreichen zu können. Hier mehr zu machen bedeutet an anderer Stelle zu reduzieren und auch auf lieb gewonnene Formate zu verzichten.

Ein ganz besonderes Augenmerk richten wir derzeit auf das Kulturangebot des hr (F 8). Hier sind wir anders als bei der Hesseninformation nicht von den vorhandenen Strukturen ausgegangen, sondern haben uns gefragt, was die Nutzerinnen und Nutzer eigentlich unter Kultur verstehen. Wir haben Beispiele aus anderen Medien ausgewertet und festgestellt, dass gerade das kulturell orientierte Publikum, und nicht nur dieses, einen breiteren Kulturbegriff hat und ein Interesse an neuen digitalen Nutzungsmöglichkeiten. Wir schaffen jetzt die Voraussetzungen für eine medienübergreifende Kulturberichterstattung, bei der zuerst vom digitalen Produkt her gedacht werden soll.

Dieser Prozess erfordert auch den Mut zum Risiko. Wer auch in Zukunft relevant sein will und die Menschen in einer sich verändernden Gesellschaft bei veränderter Medienutzung erreichen will, muss auch zumindest zeitweise Verluste in der Gesamtreichweite hinnehmen. Wir wissen sehr genau was unser traditionelles Publikum will und dies bedienen wir derzeit eher überdurchschnittlich. Wir müssen also umschichten in Richtung jüngere Zielgruppen, die nicht so viele Menschen umfassen wie die ältere Generation. Und: wir können nur begrenzt prognostizieren, welche neuen digitalen Produkte tatsächlich von den Nutzerinnen und Nutzern angenommen werden. Wir machen gerade bei funk die Erfahrung, dass selbst anfangs erfolgversprechende Formate wieder eingestellt wurden und wir in anderen Feldern für uns selbst überraschende Erfolge erzielt haben. Wer heute nur auf Sicherheit setzt, kann mit Sicherheit das Morgen nicht gewinnen.

Aber wir können auf unseren Stärken aufbauen (F 9), nämlich das große Vertrauen und das hohe Maß an Glaubwürdigkeit, das wir bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung weiterhin genießen. Und es ist für uns ermutigend, dass gerade bei jüngeren Menschen der Wert eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks wieder stärker geschätzt wird, obwohl sie seine Angebote weniger nutzen, als die Gesamtgesellschaft.

Aber weil sie Erfahrungen mit den fragwürdigen Seiten des Netzes machen, steigt offensichtlich die Bindung an ein qualitatives Vertrauensmedium, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ein Vertrauen, dass wir auch dadurch einlösen können, indem wir zeigen, dass Veränderung gestaltet werden kann: nicht nur in unseren eigenen Angeboten sondern in der ganzen Gesellschaft. Angesichts der Flut negativer Nachrichten, angesichts von Hass und Häme können wir belegen, in welchen Feldern neue Ansätze positive Ergebnisse bringen und das politische und gesellschaftliche Prozesse gelingen können. Kritischer und konstruktiver Journalismus sind kein Gegensatz!

Das sind viele Aspekte eines großen kulturellen Umbruchs im hr. Wer Vertrauen gewinnen will, muss auch Vertrauen geben. Wir müssen stärker delegieren, wir brechen aus den alten Silos aus und probieren andere Organisationsformen. Wir werden uns im hr weiterhin strukturell verändern. Das ist schon in normalen Zeiten eine gewaltige Herausforderung. Dazu kommt die Unklarheit und Unsicherheit über die künftigen finanziellen Rahmenbedingungen (F 10). Umso wichtiger wird es, diese Prozesse so transparent wie irgend möglich zu gestalten und in offenen Diskussionen nicht nur mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Führungskräften, sondern auch mit den Gremien.

Wir haben im vergangenen Jahr in vielen Punkten große Unterstützung aus Rundfunk- und Verwaltungsrat erfahren. Wir hätten die bisherigen Schritte nicht ohne Ihre Rückendeckung und die von Ihnen freigegebenen Haushaltsmittel umsetzen können. Wir wurden Anfang letzten Jahres bei einem Beitrag für den Kinderkanal „Malvina, Diaa und die Liebe“ selbst Gegenstand eines digital inszenierten Shitstorms und die Gremien haben sich davon nicht verunsichern lassen, sondern der Redaktion und dem Sender Rückendeckung gegeben.

In anderen Feldern, etwa bei der Börsen- und Wirtschaftsberichtserstattung, der Musikauswahl bei hr4 und hr3 sowie bei einem Format zum Thema Haterkommentare bei funk haben wir teils heftig kontroverse Debatten geführt. Aber gerade das letzte Beispiel hat gezeigt, dass es noch immer gelungen ist, solche kritischen Auseinandersetzungen in enger Abstimmung mit der Redaktion in positive Energie zu verwandeln.

Ich möchte auch in Zukunft an diesem Weg festhalten, auch wenn nach der Hälfte meiner Amtszeit (F 11) die kommenden Gefährdungen und Veränderungen weit gravierender sein werden als in den letzten drei Jahren. Deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen, nicht nur für den Jahresabschluss 2018, sondern auch um Rückendeckung für eine angemessene Beitragsanpassung und für den steinig, von Algorithmen und internationalen Plattformbetreibern gesäumten Weg in die digitale Zukunft.

Wir verbinden Hessen in seiner Vielfalt. Den Maßstab dafür hat in seinem ersten Satz das Grundgesetz vor 70 Jahren formuliert: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Hinter diesem Satz, um das auch einmal ganz deutlich zu sagen, steht die Mehrheit der Menschen in Hessen und in Deutschland.

Er ist das Leitmotiv, unter dem wir in der digitalen Welt Vielfalt sichern und Orientierung geben wollen.

Wer in Hessen Respekt, Verantwortung und Transparenz als unverzichtbare Bestandteile einer digitalen Ethik definiert, der muss auf eine starke Rolle eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Hessischen Rundfunks setzen.





# HESSISCHER RUNDFUNK

Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates  
Jahresabschluss 2018





# Landtagswahl

hessenschau.de

Start Regionen Politik Gesellschaft Wirtschaft Kultur Sport Panorama Freizeit

Landtag Video aus dem Landtag Wahlen Europawahl 2019 Direktwahlen

**#hr WAHL**

Dossier  
**Landtagswahl 2018**

Start Wahlkreis Ergebnisse hr-Kandidatencheck Wahlkreischecks Liverechts Verfassungsreform

hessenschau.de > Politik > Wahlen > Landtagswahl

**Der Kandidatencheck**

hr-Kandidatencheck

**Das sind Hessens neue Abgeordnete**

137 Frauen und Männer sitzen im neuen Landtag. Im hr-Kandidatencheck können Sie sich noch einmal ein Bild von den

**ERGEBNISSE**

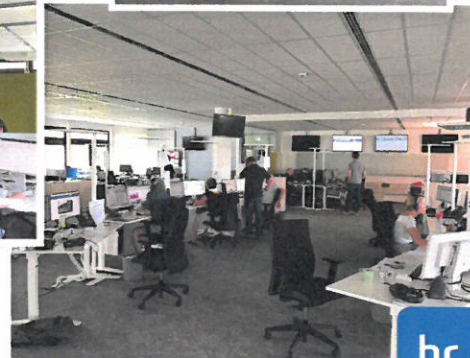
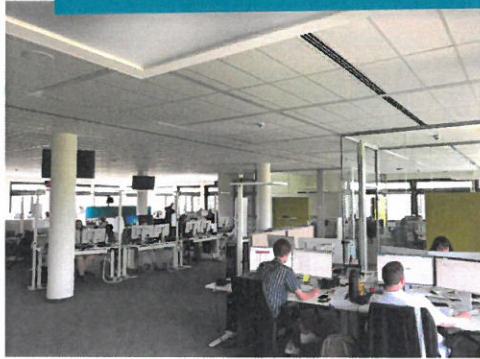
hr WAHL

**Alle Ergebnisse zur Landtagswahl**

Wahlkreise, Gemeinden, Hochburgen und Wahlbeteiligung. Hier erfahren Sie alle wichtigen Ergebnisse zur Landtagswahl.

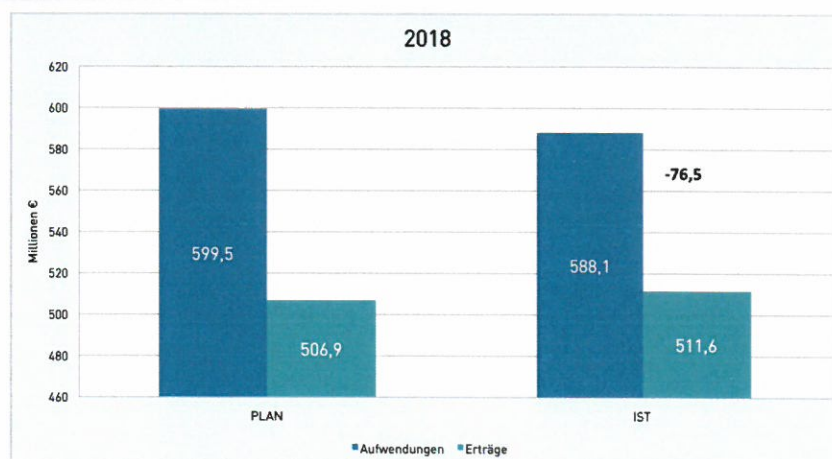
hr

## Programmbereich Hesseninformation



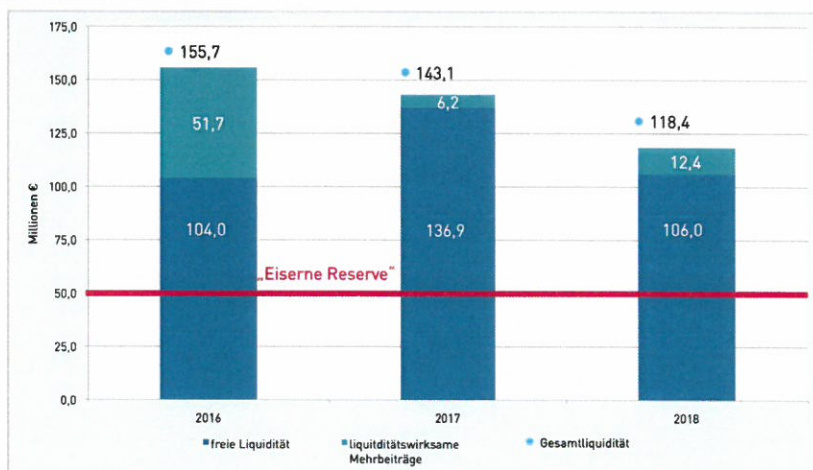
hr

## Aufwendungen und Erträge



hr

# Liquidität



# Herausforderungen

Rundfunkbeitrag



Beschäftigungsverhältnisse

TVSoSch  
Krankheit  
Urlaub  
Reduzierung  
Fristen  
Kriterien

Mobile Nutzung



# Vielfalt des Angebotes



Dolles Dorf



Puls180



Was geht, Hesse?



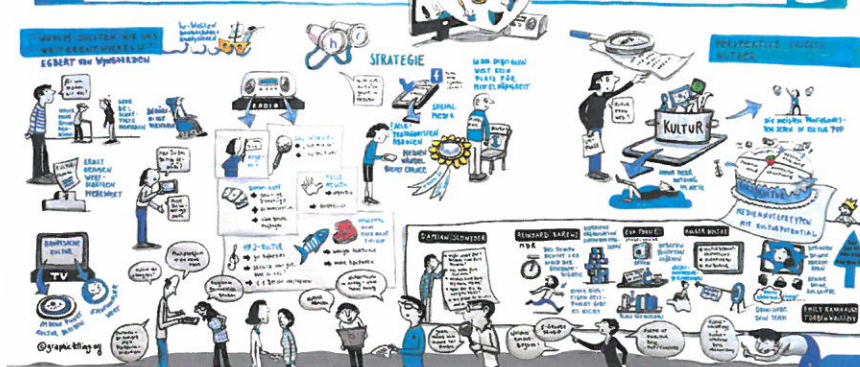
Singt Euren Song - Der hr4-Chorwettbewerb



# Portfolio/ Kulturberichterstattung

23.01  
2019 MEDIENÜBERGREIFENDE

BERICHTERSTATTUNG



## Glaubwürdigkeit des ÖRR

»Ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für die Gesellschaft wichtig«

Quelle: hr trend, Frühjahr 2018



hr

## Austausch mit Mitarbeiter\*innen und Gremien



